Nummer 285 — Halle, Freitag, den 5. Dezember 1924 — 59. Jahrgang

Saale-Zeitung

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 16 und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Den Spitzengewerkschaften aller Richtungen ist vom Auswärtigen Amt mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung den Wünschen der Gewerkschaften entsprechend zu den künftigen Handelsvertragsverhandlungen auch Vertreter der Gewerkschaften hinzuziehen will. Die Spitzen-Verbände sind aufgefordert worden, Vertreter zu benennen.

*

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat mit bezug auf die Kreditgewährung der Preußischen Staatsbank an Auslandskonzerne eine Anfrage an die Regierung gerichtet um Auskunft, welche tatsächlichen Vorgänge den Fällen Kutisker, Holzmann und Banat zugrunde liegen und wie weit die Leitung der Staatsbank oder einzelne Beamte der Staatsbank hierbei strafrechtliches oder disziplinarisches Verschulden trifft. Ferner fragt die Fraktion an, was die Staatsbank getan habe, um ähnlichen Vorgängen in der Zukunft vorzubeugen.

*

Der mexikanische Gesandte in Berlin, P. Ortiz Rubio, hat dem Außenminister Dr. Stresemann eine Note überreicht, worin es heißt: Meine Regierung hat bei der in diesen Tagen erfolgten Rückkehr des erwählten Präsidenten Calles nach Mexiko aus seinen Berichten einen tiefen Eindruck von der Aufnahme des Generals Calles. Sie erblickt darin zugleich eine Ehrung des ganzen mexikanischen Volkes, welches sich glücklich schätzt, mit der großen deutschen Nation in aufrichtigster Freundschaft verbunden zu sein. Die mexikanische Regierung legt den größten Wert darauf, der deutschen Regierung als Vertreterin des deutschen Volkes die Empfindungen warmster Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen.

*

Der französischen Kammer ist ein Bericht des Abgeordneten Lamoureux vorgelegt worden, der sich in der Hauptsache mit der Besetzung des Ruhrgebietes und des übrigen Rheinlandes sowie mit dem Dawesplan befaßt. Lamoureux teilt in seinem Bericht mit, daß **das finanzielle Ergebnis der Ruhrbesetzung sich auf 3 200 000 000 Franks belaufe.**

*

Während ihrer gestrigen Sitzung hat die englische Arbeiterpartei Macdonald zum Führer wiedergewählt. Zum stellvertretenden Führer wurde Clynes gewählt. Gegen Macdonald war in letzter Zeit sehr starke Unzufriedenheit in seiner Partei lautgeworden.

Lloyd Georges wurde zum Führer der liberalen Parlamentspartei mit 26 gegen 7 Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen, gewählt.

*

Der Börsenkurier meldet aus Brüssel: Der Außenminister gab dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten Aufschluß über die verschiedenen wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland, die sich auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung aufbauen, mit Ausnahme bestimmter Warenkategorien, besonders der Produkte der Glasindustrie, der elektrischen und der chemischen Industrie. — Es wäre wünschenswert, wenn auch unsere Regierung etwas über den Vertrag bekanntgäbe, insbesondere ob die „Ausnahmen" Zugeständnisse Belgiens oder Deutschlands seien.

*

Die deutsche Kommission für die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen ist heute morgen in Rom eingetroffen. Morgen früh um 11 Uhr findet im Palazzo Chigi die erste Sitzung statt. Vorher wird Baron Neurath, der Botschafter, die Herren der Kommission Mussolini vorstellen.

*

Der neue französische Botschafter Besnard, der gestern abend in Rom eingetroffen ist, wurde heute von Mussolini im Palazzo Chigi empfangen. — Der Mann findet schwere Aufgaben vor, und in Chamberlain, dem englischen Außenminister, einen ganz gefährlichen Gegner.

*

Der polnische Kriegsminister General Sikorski erklärte im Landtag: Wie könnte man abrüsten, wenn der Nachbar vom Kopf bis zu den Füßen bewaffnet sei. Die Deutschen, die doch zu den entwaffneten Nationen gehörten, hätten in diesem Jahre Manöver abgehalten, wie sie die Welt nach dem Kriege nicht gesehen habe. Weiter habe Deutschland während der Beratungen in Genf in der Ostsee ein demonstratives Manöver seiner ganzen Flotte gemeinsam mit der bolschewistischen arrangiert.

— Mit diesem unerhörten Schwindel begründet er die neuen Anforderungen für Heereszwecke. — Pazifismus und ehrliche Deutschenliebe, wo man nur hinsieht (wenn man demokratisch-sozialistische Brillengläser hat, d. h. ⅞ blind ist).

An die deutschen Hausfrauen!

Am 7. Dezember wird der Reichstag und Landtag gewählt und damit für Jahre über unsere und Eure Zukunft entschieden.

Die Linksparteien haben 6 Jahre lang gezeigt, was sie wollen und können.

Wollt Ihr noch einmal und für immer wieder haben, was sie Euch gebracht haben: Vernichtung aller Ersparnisse, Arbeitslosigkeit, Papiermark, Wohnungselend, Not und dazu die sittliche Verwahrlosung der Jugend?

Dann wählt die Linksparteien.

Wollt Ihr, daß die Entwickelung weiter fortschreitet, die mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung im Herbst vorigen Jahres mit der Einführung der Rentenmark und dem Aufhören des fürchterlichen täglichen Preissteigerungselends begonnen hat, — wollt Ihr, daß Eure Männer Arbeit und Verdienst und für Euch und Eure Kinder Wohnung, Kleidung und satt zu essen und für die Zukunft wieder einen Spargroschen haben, — wollt Ihr, daß die Zeiten der letzten 6 Jahre, die furchtbarer als alles waren, was das deutsche Volk seit Jahrhunderten erlebt hat, niemals wiederkehren:

dann wählt die Parteien, die die Wendung zum Besseren im vorigen Herbst gebracht haben, wählt die Rechtsparteien. Aber geht auch wirklich hin zur Wahl und gebt Eure Stimmen ab. Denn auf das Wählen verzichten, heißt den Linksparteien das Feld überlassen, heißt auf Arbeit, Verdienst, Wohnung, Kleidung, Brot und geordnetes Leben verzichten.

Wer nicht wählt und nicht rechts wählt, hat das Elend, das dann wiederkehrt, selbst verschuldet.

England wird vorsichtig.

London, 4. Dez. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Außenminister Chamberlain erklärte in einer Rede, daß seine Entsendung nach Rom zur Teilnahme an der Völkerbundstagung beweise, welche Bedeutung die britische Regierung dem Völkerbund beimesse. **Er sei von der Regierung ermächtigt, dem Völkerbund die ägyptische Frage vorzulegen und alle notwendigen Aufschlüsse zu geben, obwohl der Völkerbund in dieser Frage eigentlich nicht zuständig sei.**

Chamberlain betonte, daß die Regierung durch die Lösung der ägyptischen Krise den Beweis ihrer Kraft und Vertrauenswürdigkeit geliefert habe. Ihre Haltung entspreche der Ansicht aller Parteien und der Dominions. Das Vorgehen gegen Aegypten sei durch die Haltung der ägyptischen Regierung während der letzten Jahre zur unausbleiblichen Notwendigkeit geworden.

Man könne nicht sagen, daß England die Ermordung des Sirdar als willkommenen Vorwand benutzt habe, um eine Reihe von Forderungen zu stellen. **England habe nicht die geringste Absicht, die Unabhängigkeit Aegyptens irgendwie anzutasten.** Es handle sich nur um die Behebung einer unhaltbar gewordenen Lage und die Einlösung des dem sudanesischen Volke gegebenen Versprechens, daß der Sudan nicht der Gewaltherrschaft Aegyptens ausgeliefert werden solle. Die friedfertige Haltung der neuen ägyptischen Regierung ermögliche die Wiederaufnahme der englisch-ägyptischen Verhandlungen, die bisher an den übertriebenen Forderungen Zaglul Paschas gescheitert seien. Die britische Regierung sei der Ueberzeugung, daß mit der letzigen ägyptischen Regierung der Abschluß eines Vertrages ermöglicht werde, durch die die englischen Interessen in Aegypten gewahrt werden, ohne daß dadurch die Selbständigkeit Aegyptens leiden würde.

Chamberlain fährt nach Rom.

Chamberlain reist heute nach Rom, um der Tagung des Völkerbundes beizuwohnen. Er wird in Paris mit Herriot verschiedene beide Staaten betreffende politische Fragen erörtern. Die ägyptische Frage wird hierbei noch nicht besprochen werden, da Chamberlain noch nicht die Zeit gefunden hat, sich mit ihr genügend zu beschäftigen. Er hofft jedoch, auf seiner Rückreise zu Erörterungen über diese Frage mit Herriot in der Lage zu sein.

Dieses „noch nicht Zeit gefunden" ist wundervoll. Natürlich hat er Zeit gefunden, in der Mittelmeerfrage, die von geradezu entscheidender Bedeutung für die künftige politische Lage Europas ist, Stellung zu nehmen und Weisungen der englischen Regierung zu empfangen. Aber er fährt nach Rom und trifft dort Mussolini. Und von Mussolini, von Italien, von der Frage, ob Italien mit England gegen Frankreich oder mit Frankreich gegen England geht, hängt eben diese ganze künftige Lage Europas ab. Deshalb ist auch **die Reise Chamberlains nach Rom von ähnlicher Weltbedeutung wie einst vor dem Weltkriege die Reise Poincarés nach Petersburg.**

Kommt in Rom der gewünschte Bündnisvertrag mit Italien zustande, dann ist Chamberlain allerdings „auf seiner Rückreise zu Erörterungen über diese Frage mit Herriot in der Lage".

*

Auf die weltweite Bedeutung des Mittelmeerproblems hin: Zwischen England und Amerika finden in Washington Verhandlungen über das neue englisch-französisch-spanische Regime in Tanger statt. Solange weder Italien noch Amerika dem Drei-Parteien-Vertrag über Tanger beitreten, wird er ohne praktische Durchführungsmöglichkeit bleiben. Auch von Chamberlain und Mussolini werden diese Fragen bei ihrem Zusammentreffen in Rom besprochen werden.

Auf Deutschlands Kosten.

Daß Deutschland, wie immer, die Kosten der täglich schwieriger werdenden englisch-französischen Verständigung würde tragen müssen, war von vornherein klar. Inzwischen verdichtet sich die vorgestern von uns ausgesprochene Befürchtung wegen der Kölner Zone:

Der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph" berichtet, daß **die Besetzung der Kölner Zone durch Großbritannien über den 10. Januar hinaus verlängert werden würde.** Diese Verlängerung bedeute einen schweren Bruch des Vertrages und die erste Verletzung des Uebereinkommens, das die Alliierten gerade zu erfüllen im Begriffe seien, während Deutschland seinen Verpflichtungen in den Reparationszahlungen und in der Entwaffnungsfrage nachgekommen sei. Indessen, so meint der Korrespondent weiter, müsse man noch den Bericht der Militärkontrollkommission abwarten, bevor es möglich sei, darüber zu urteilen, ob Deutschland ein Recht habe, gegen Verlängerung der Räumung zu protestieren.

Im übrigen bliebe **immer noch Raum für ein besonderes Protokoll, das außerhalb des Vertrages liegt, wonach das Reich eine endgültige Räumung der Ruhr im April bzw. im August verlangen dürfe, um als Gegenleistung eine Verlängerung der britischen Besetzung Kölns für weitere drei bis vier Monate zu gestatten.**

Eine solche Vereinbarung könne Deutschland nur willkommen sein und würde, da sie außerhalb des Vertrages liege, **keinen Präzedenzfall für die Räumung der 2. und 3. Zone schaffen.**

Lumpenpack, diese Engländer mit ihrer scheinheiligen Wortbrüchigkeit! Und was sollen die Schlußworte über die 2. und 3. Zone besagen? Die sollen wohl überhaupt nie geräumt werden?

Der amerikanische Automobilkönig Henri Ford beabsichtigt, in einem rumänischen Hafen eine Fabrik für Personenwagen, Trekker und landwirtschaftliche Maschinen zu errichten.

*

Der brasilianische Konsul hat die japanische Regierung benachrichtigt, daß die Gewährung der Einreiseerlaubnis für japanische Auswanderer nach Brasilien eingestellt werde. — Wundern kann man sich nicht, denn diese bedürfnislosen, aber eroberungssüchtigen Japaner sind gefährliche Gäste.

Sozialismus in Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Die französischen Sozialisten sind in eine Lage geraten, die die allerletztsamste ist, die der Partei und der sozialistischen Parteirichtung überhaupt passieren konnte. Sie haben für die Geheimfonds stimmen müssen, die die Regierung Herriot wie ihre sämtlichen Vorgänger der Kammer zur Genehmigung vorgelegt hat. Die Sozialisten haben die 1,5 Milliarden Franken bewilligen müssen für einen Zweck, den zu verurteilen sie seit Jahrzehnten nicht müde geworden sind.

Diese Tatsache zeigt nebst vielen anderen, wie wacklig das sogenannte Linkskartell in Frankreich ist. Die Geheimfonds, und die allgemeine „Sicherheitspolizei"! Es verlohnt sich, bei ihr einen Augenblick zu verweilen. Sie ist vorzüglich organisiert und wird durch ein Heer von „Indicateurs", von geheimen Anzeigern, unterstützt, deren Zahl und Beruf niemand kennt. Es kann sein, daß der Schuster, dem man seine Stiefel zum Besohlen gibt, der Kellner im Restaurant, der Chauffeur des Autos, der Hotelmirt, der Klempner usw. ein Indikateur ist. Selbst die Mädchen des Montmartre werden von dem Sicherheitsdienst beschäftigt und je nach Leistung bezahlt. Der Sicherheitsdienst ist allgegenwärtig.

Ein Vorfall, der sich dieser Tage abspielte, zeigt deutlich, wie er arbeitet. In einem Restaurant am hellen Mittag hatte ein Handelsreisender nach einem guten Diner das Bedürfnis geäußert, seiner neben ihm sitzenden Braut einen — vielleicht etwas heftigen — Kuß zu geben. Wer aber beschreibt sein Erstaunen, als ein Herr vom gegenüberstehenden Tisch sich erhebt, an ihn herantritt und ihn wegen Verstoßes gegen die guten Sitten verhaftet. Es war ein Beamter des Sicherheitsdienstes! Es gibt Leute, die am Tage irgendein Gewerbe ausüben und am Abend als heimliche Beamte dieses Dienstes durch die Straßen ziehen.

Das ist der Sicherheitsdienst, von dem Herriot in [illegible] um nicht die Regierung [illegible] regulär Mitarbeit gerufen und [illegible] Geld zu lassen. Damit hat die Sozialdemokratie eines ihrer heiligsten Prinzipien verraten, wie sie schon einmal vor Monaten es bei der Ruhrkrisis tun mußte, obwohl sie gegen die Ruhrbesetzung protestiert hatte, und das alles, um die Regierung Herriot gegen den Ansturm der Opposition zu halten. Sie wird Schritt für Schritt in die Defensive gedrängt, und wird dies bei den kommenden Wahlen aller Voraussicht nach büßen müssen. Ihr Führer, Leon Blum, hat denn auch in Worten, die an Heftigkeit ohne Beispiel in der Geschichte des modernen Parlamentarismus sind, diesen inneren Zwiespalt erkennen lassen. Wenn er von dem ewigen Haß sprach, der ihn und seine Partei gegen die Rechtsparteien beseelt, dem Haß, der das kleinere Uebel dem größeren — einer neuen Rechtsregierung — vorziehen ließe, so übersprang er alle Grenzen, die einem Parteikampf in der Regel gesogen sind.

Zwei Persönlichkeiten zeichnen sich deutlich als Führer der entgegengesetzten Systeme von dem Hintergrund der vielen anderen mehr oder weniger bedeutungslosen Köpfe ab: Leon Blum, der Führer der Sozialisten, und André Maginot, der Führer der Opposition in der Kammer. Auf beiden Seiten verbinden die Gestalten Millerands, Herriots, die die offiziellen Führer sind, vor diesen beiden Drahtziehern der beiden feindlichen Lager. Während die Regierung Herriot schon keine bedeutungsvolle Maßregel mehr vornehmen kann, ohne den Beistand und der Billigung Blums, der einer der besten Redner des gegenwärtigen Parlamentes und von einer erbarmungslosen Logik ist, erhebt sich die schon äußerlich imponierende Gestalt Maginots, des ehemaligen Kriegsministers unter Poincaré, immer stärker auf der Oppositionsseite. Er wird es aller Voraussicht nach sein, der bei einem etwaigen Wechsel der Regierung die Zügel ergreifen wird.

André Maginot — es ist gut, sich ihn zu vergegenwärtigen, um seine Mentalität begreifen zu können. André Maginot hat, wie er soeben erklärt hat, mit eigenen Augen mitangesehen, wie zwei deutsche Soldaten einem verwundeten Franzosen die Augen mit dem Bajonett ausstachen! Er hat französische Gefallene gesehen, denen von den Deutschen der Bauch aufgeschnitten und die Ohren abgeschnitten waren. Daneben lagen ihre Käppis, mit ihrem eigenen Hirn gefüllt. Er selber rühmt sich, 47 Deutsche „erledigt" zu haben. André Maginot ist der Meinung, daß Clemenceau wohl zu siegen verstand, nicht aber den Sieg auszunutzen. Er hat den Waffenstillstand zu früh abgeschlossen und dadurch Frankreich um die beste Beute gebracht. Es deutlich sich von selbst, daß er die Räumung des Ruhrgebietes geradezu als eine Katastrophe betrachtet und daß Frankreich dem Untergange nahe ist, wenn die militärische Dienstpflicht unter 18 Monate herabgesetzt wird. Mit einem Maginot an der Spitze eines Kabinetts möchte man sich einem Frankreich gegenübersehen, das auch keinen Schritt Entgegenkommen oder Willen zur Verständigung mit Deutschland haben würde und das mit einer deutschen Linksregierung ganz nach Belieben umspringen würde.

Es darf nicht vergessen werden, daß bei der Wahl des Kammerpräsidenten der jetzt amtierende Painlevé 296 Stimmen, Maginot aber ebenfalls 200 erhielt. Maginot hat bereits im Kabinett Poincaré einen unleugbaren Einfluß auf Poincaré selber auszuüben verstanden — Maginot ist übrigens ebenfalls Lothringer — und er hat schon einmal Doumergue, den jetzigen Präsidenten, zu einer Zeit, als dieser Ministerpräsident und Maginot Kriegsminister war, mit Gewalt zu einem Schritt gedrängt, den dieser gar nicht tun

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241205015/fragment/page=0001

wollte. Maginot erklärte freiweg in der Kammer, daß die Regierung die dreijährige Dienstzeit als die Hauptfrage ihres Bestehens betrachte, und er tat dies, obwohl das Kabinett in dieser Frage keineswegs einig war. Er zwang durch die unvorhergesehene Erklärung den Ministerpräsidenten Doumergue, ihn zu decken und damit sich seiner Ansicht anzuschließen. Maginot und Doumergue sind demnach alte Bekannte, und von einem hemmenden Einfluß des letzteren bei einem etwaigen Regierungswechsel könnte kaum die Rede sein.

Noch besteht die Regierung Herriot, aber die Linke ist so sehr in sich gespalten, daß es keineswegs verfrüht ist, schon jetzt an Maginot und seine Gefolgschaft zu denken.

R. Albrecht.

Englische Innenpolitik und wir.

London, 3. Dez. (Telunion.) Die Thronrede ist, wie verlautet, im wesentlichen fertiggestellt. Sie soll heute noch einmal den Gegenstand einer Kabinettssitzung bilden. Es verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß die Thronrede Resolutionen über Preferentialzölle innerhalb des englischen Reiches empfehlen werde, die im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt erledigt werden sollen. Ferner sei eine Verbesserung des Schutzes der inländischen Industrie gegen unfairen ausländischen Wettbewerb in Aussicht genommen. Das Hausbauprogramm wird nicht in Form eines besonderen Gesetzes vorgelegt werden, da diese Frage auf administrativem Wege geregelt werden könne, ohne daß es einer neuen Gesetzgebung bedürfe. Ferner wird die Thronrede die Fortsetzung der Mietkontrolle bis zum Jahre 1927 ankündigen und eine Reihe von sozialen Maßnahmen. Die Oppositionen im Oberhause werden, wie berichtet, die von der Arbeiterregierung ernannten Lords, deren Zahl sieben beträgt, übernehmen. Ihr Führer wird Lord Haldane sein.

*

Bedenklich ist **„Schutz der inländischen Industrie gegen unfairen ausländischen Wettbewerb“.** Hoffentlich ist das nicht der Anfang von Maßnahmen gegen Deutschland. Der jetzige Handelsvertrag mit Deutschland wird schon so abgefaßt sein, daß die Engländer immer wieder Hintertüren finden; zu unseren erfüllungs- und verständigungsmütigen Unterhändlern kann man in dieser Hinsicht nach den bisherigen Leistungen auf dem Gebiet der Vertragsschlüsse leider wenig Vertrauen haben.

Diese Befürchtung wird bestätigt durch die Angaben des

„Daily Telegraph“ über den deutsch-englischen Vertrag.

gegenwärtigen vorläufigen Entwurf zu verdanken, daß die englischen Verhandlungsteilnehmer an folgenden zwei Punkten festgehalten hätten, erstens daran, daß England britische Anleihen und Kredite allen jenen vorenthalten könne, die nicht gewillt wären, ein günstiges Abkommen über die Einfuhr englischer Güter zu treffen, und zweitens an der **Sicherung des britischen Industriegesetzes.** Diese beiden Punkte seien im wesentlichen von Deutschland in einer Formulierung angenommen worden, die keine Auswege ließe, gleichgültig, ob es sich um Wolle oder andere Textilien, um Sportartikel, Motorräder usw. handele. England sicherte sich außerdem von Deutschland, was es vor dem Kriege nicht getan hatte, die Freiheit des Handels betreffs seiner kaufmännischen Unternehmungen, wie Schiffahrtsgesellschaften, Banken, Marineunternehmungen. Deutschland werde nicht länger Unterschiede machen können in Angelegenheiten des Transitauswandererverkehrs durch deutsches Gebiet.

Auch die übrige englische Presse stimmt der allgemeinen Ansicht bei, daß England bei dem Vertrage ausgezeichnet abgeschnitten habe. **Eine maßgebliche englische Persönlichkeit sagte, England habe noch niemals zuvor einen so günstigen Vertrag mit Deutschland abgeschlossen.**

Der Verband der englischen Handelsmarine veröffentlicht eine Protesterklärung gegen die Bestimmungen des englisch-deutschen Handelsvertrages, wonach deutsche Seeleute erneut auf britischen Schiffen dienen dürten.

Wir hatten ja bereits darauf hingewiesen, daß all die bisher bekannt gewordenen englischen Zugeständnisse durch privaten Boykott der englischen Interessentengruppen unwirksam gemacht werden können. Aber unsere Erfüllungspolitiker glauben ja fest und fest an die Liebe unserer Feinde. Sie werden sich noch wundern.

Wer denkt an die deutschen Kinder?

Die Demokratische Partei hat vor der Wahl nicht nur ihren Internationalismus vergessen und den Nationalismus auf ihre Fahne geschrieben, sondern sie zeigt auch plötzlich eine ganz neue Liebe für die deutschen Kinder, von der man mit Schiller nur wünschen könnte:

„O daß sie ewig grünen bliebe,
die schöne Zeit der ersten Liebe.“

Leider hat man weder von der Liebe zur Nation noch zu den Kindern dieser Nation in den Jahren sozialdemokratischer Herrschaft etwas gemerkt, vielmehr sind Nation und Zukunft rücksichtslos der Geschäfts- und Aemtergier dieser Parteien geopfert worden, so daß heute infolge der Entwertung aller Sparvermögen so gut wie alle deutschen Kinder mit ihren Müttern vor dem Nichts stehen, wenn der Familienernährer arbeitsunfähig oder durch den Tod den Seinen entrissen wird. Es ist geradezu ein Frevel, daß man auch diese traurigste Wahrheit der deutschen Revolution zu Wahlzwecken umdrehen und umlügen will.

Es ist mit der Sorge für die Kinder und für die kinderreichen Familien genau so wie mit der deutschen Währung: die Linksparteien haben beide ins Elend hineingerissen, und wie Hesserich den rettenden Weg zu einer neuen Währung zeigte, so hat auch den ersten großen Schritt der Fürsorge für die Kinder und für kinderreiche Familien ein anderes Mitglied der Deutschnationalen Partei getan: Frau Storoß-Halle durch Gründung des „Bundes der Kinderreichen“. Der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist es zu danken, wenn dieser erste Schritt im Interesse der Kinder und eines echten Familienlebens so weiten Nachhall nicht nur in den Herzen der Mütter und Väter, sondern auch in der praktischen Wirklichkeit gefunden hat, und den Linksparteien ist es zu danken, daß bisher auch nicht annähernd das erreicht werden konnte, was der 7. Dezember unsern Kindern bescheren wird, wenn alle Familienmütter, Familienväter und alle Kinderleben zu wählen, wie es das Interesse der Kinder verlangt.

Die Deutschnationale Korrespondenz gibt zu dieser Schicksalsfrage unserer Kinder folgende wertvolle Aufschlüsse:

„Im Reichstag haben neben den anderen Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses die wig. im preußischen Landtagswahlkampf, und Mitglieder des Ausschusses für Bevölkerungspolitik besonders die deutschnationalen Abgg. Stuhrmann und Lukassowitz, selbst Väter einer zahlreichen Familie, sich dafür eingesetzt, in jeder Weise wirtschaftliche Erleichterungen für kinderreiche Familien zu schaffen. Noch bei der letzten Beratung des Wohlfahrtsetats ist von deutschnationaler Seite ein Antrag gestellt worden,

„das Staatsministerium zu ersuchen, der Notlage kinderreicher Familien, die unter dem immer härter werdenden wirtschaftlichen Druck ganz besonders leiden, durch besondere Hilfsmaßnahmen nach Möglichkeit zu steuern, und zwar — neben weiterer Entlastung auf allgemeinem steuertechnischen Gebiet, wofür das Staatsministerium sich bei der Reichsregierung einzusetzen hat — vor allem durch weitgehendste Wohnungsfürsorge (Anerkennung eines Vorrechts auf auskömmliche Unterkunft bei Wohnungsbeschaffung)“.

„Leider wurde dieser Antrag damals im Ausschuß abgelehnt, und dem neuen Reichstag wird es vorbehalten sein, Forderungen dieser Art von neuem zu erheben, besonders in den Ministerien und allen nachgeordneten Behörden das **genügende Verständnis für die Not der kinderreichen Familien, für ihre Bedeutung im Volksleben zu fördern.** Durch das mangelnde Verständnis seitens der Parteien, teils der Behörden, kommen Maßnahmen zustande, die für kinderreiche Familien von schwerster Tragweite sind. Ich denke an die **Streichung der verbilligten Brotabgaben an kinderreiche Familien.** Es ist dabei zu denken an die neue Beamtenbesoldungsordnung vom Jahre 1923. Während die Ausführungsbestimmungen zum Beamtenbesoldungsgesetz vom Jahre 1921 denjenigen erwachsenen Kindern, die in der Haushaltsführung der Eltern unentbehrlich waren, ebenso wie denen, die in der Ausbildung begriffen waren, eine Kinderzulage gesichert hatten, gibt das Beamtenbesoldungsgesetz vom Jahre 1923 nur für die erwerbsunfähigen und in der Ausbildung begriffenen Kinder eine Zulage. Im Interesse der kinderreichen Familien ist es dringend erforderlich, daß auch in dem neuen Gesetz die genannte Bestimmung der alten Besoldungsordnung wieder aufgenommen wird. Es ist noch eine ganz große Aufgabe nationaler Bevölkerungspolitik die Ministerien und alle ihre nachgeordneten Behörden auf die unbedingte Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse kinderreicher Familien immer wieder hinzuweisen.

Wir begrüßen es daher, daß die Vorkämpferin der Bewegung der Kinderreichen, Frau Storoß-Halle, der die starke Organisation des Bundes der Kinderreichen zum großen Teil mitzudanken ist, für die bevorstehende, im Kreise Halle-Merseburg auf der deutschnationalen Reichs- und Landtagswahlliste steht, und wir hoffen, daß die unermüdliche Tatkraft dieser Frau bald auch im Parlament für die Kinderreichen wird eintreten können.“

Wenn diese Frau, der man um ihrer tatkräftigen Liebe zu den deutschen Kindern willen den Ehrennamen „Mutter Storoß“ geben sollte, so wie die langjährige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Margarete Behm wegen ihrer mütterlichen Fürsorge für die Heimarbeiterinnen und alle Bedrückten nicht anders als „Mutter Behm“ genannt wird, — wenn diese beiden mütterlichen Frauen beide der Deutschnationalen Partei angehören, so ist das ein weiteres Mal ein Wegweiser für alle deutschen Frauen, denen das Schicksal unserer Kinder und Frauen am Herzen liegt.

Denn diese beiden „Mütter“ wissen besser als es die Durchschnittswählerin vermag, im Parteileben Bescheid, kennen all die Ränke und Schliche, mit denen die Menge irregeführt wird und wissen auch ganz genau, weshalb sie nicht der Demokratischen Partei angehören, dieser Partei der Frauenrechtskämpferinnen, der kinderlosen, kindersündlichen Frau, der englischen Suffragetten und Mannweiber.

Deutsche Frauen, deutsche Männer: denkt an die deutsche Jugend, die deutschen Kinder. Laßt euch nicht irremachen durch politische Stichwortkindigkeiten in einer Liebe und einer Pflicht. Wählt wie die zwei bewährten deutschen Mütter, die die Linkspolitik erprobt, gewogen und zu leicht befunden haben. Wählt wie sie die „rechten“ Parteien, dann wählt ihr recht für das, was das Beste und Schönste unsres Lebens ist: für unsre deutschen Kinder.

A. E. H.

Uebertritt zu den Deutschnationalen.

Das „utopische“ Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Völkischen.

Der bayrische Landtagsabgeordnete Poehner hat zusammen mit dem völkischen Abgeordneten Dr. Rutz seinen Austritt aus der völkischen Gruppe erklärt und in einem Schreiben an die Leitung des Völkischen Blockes ausführlich begründet. Er ist mit der Umwandlung des Völkischen Blockes in Bayern zu einem Landesverband Bayern der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung nicht einverstanden und lehnt insbesondere die Unterstellung unter die Reichsführerschaft ab, deren politische Führerqualitäten er bestreitet.

Das Federsche Finanz- und Wirtschaftsprogramm bezeichnet er als utopisch. In der Frage der Staatsform vermißt er eine klare Stellungnahme. Entscheidend für seinen Entschluß sei aber die Reichstagswahl am 7. Dez., weil die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung zu schwach sei, um den parlamentarischen Kampf zu bestehen. Nur die Deutschnationale Volkspartei, als erste nationale Partei, sei dazu imstande. Um Deutschlands willen halte er es daher für geboten, daß jeder wahrhaft deutsch Empfindende mit der Deutschnationalen Volkspartei gehe.

*

— Poehner verrät in dieser Stellungnahme die gesunde politische Vernunft, die so viele englische Liberale dieses Mal konservativ wählen ließ. Nur große starke Parteien können wirken. Die Splitterparteien, ob deutschvölkische, ob demokratische oder gar die zahlreichen Liliputparteien machen eine einheitliche wirkungsvolle Politik unmöglich und unterstützen damit auch, soweit sie es nicht wollen, nur den Klassenkampf und Internationalismus. „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, dieses Prinzip Moltkes gilt auch für den kommenden Wahlkampftag. Man braucht durchaus nicht in allen Punkten mit einer Partei übereinzustimmen, auch innerhalb der Parteien ist Raum für eigene Ansicht. Aber man soll so wählen, daß man den zwei großen nationalen Parteien die praktische Möglichkeit zu wirklichem Erfolg in Reichs- und Landtag und in den Regierungen gibt.

Kampf gegen die Internationale
Kampf gegen Marxismus
Kampf gegen Reichsbanner
Schwarz-rot-gelb.

Für den nationalen Staat
Für Privatwirtschaft und ehrliche Arbeit
Für Fahne Schwarz-weiss-rot.

Das ist Deutschnational!

Deshalb nur Wahl der Liste 2.

Die Insel der verlorenen Schiffe.

Roman von Crittenden Marriott.

Ins Deutsche übertragen von **Ottomar Reichard.**

20. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wenn der Kapitän eines gut ausgerüsteteten Schiffes das Menschenmögliche versucht, dann muß er es auch fertig bekommen, wenigstens bis an die Ränder der Insel vorzudringen. Das Schiff muß mit einer Art Eisbrecher versehen, die Maschinen sehr stark sein. Die Breite, die ich Ihnen angab, ist natürlich nur ungefähr. Ich habe keine Instrumente bei der Hand.“

„Wen soll ich benachrichtigen?“

„Vor allen Dingen Mister Fairal. Forbes ist imstande und macht seine Drohung wahr. Schon morgen will er Miß Fairal zur Heirat zwingen. Daß ich mein Möglichstes tun werde, um ihn daran zu hindern, dessen können Sie gewiß sein. Aber ich bin allein, und augenblicklich sein Gefangener. Setzt die Regierung in Kenntnis, setzt Tod und Teufel in Bewegung. Und vor allem rufen Sie mich nicht eher wieder an, als bis Sie von mir hören. Niemand darf uns belauschen, sonst ist alles verloren. Stille, es kommt jemand.“

Rasch schaltete er den Empfänger aus und glitt in den Nebenraum.

Tief aufatmend stellte er fest, daß es wieder Joß war. Er wollte das Geschirr abholen und war sehr erstaunt, daß Havard die Speisen nicht berührt hatte. Dann ward er mißtrauische Blicke um sich. Es war ihm nicht entgangen, daß Havard laut gesprochen hatte.

„Fühlen Sie sich nicht wohl, Mister?“ sagte er. „Ich hörte Sie sprechen, und dann kam es mir vor, als ob noch einer spräche.“

„Nein, nein, Vater Joß,“ sagte der geistesgegenwärtig und lachend, „ich führe manchmal Selbstgespräche. Das erleichtert mich. Und dann wissen Sie, es ist ein wenig langweilig hier. Was den anderen anbetrifft — wir Seeleute haben ja auf langer Fahrt öfter nicht viel zu tun,, und da habe ich denn zur Erheiterung meiner Kameraden das Bauchreden erlernt. Den zweiten, den Sie hörten, der war ebenfalls — ich.“

„Ach so,“ lachte Vater Joß. „Auch eine ganz nützliche Beschäftigung.“

Kaum hatte Joß das Zimmer verlassen, als Havard seine Unterhaltung mit Guantanamo wieder aufnahm. Nachdem er die Station über die geringsten Einzelheiten ihres Abenteuers in Kenntnis gesetzt und nochmals dem Beamten ans Herz gelegt hatte, schleunigst Hilfe zu senden, legte er sich schlafen.

Frühmorgen schon brachte Joß das Frühstück. Er machte ein geheimnisvolles Gesicht.

„Können Sie boxen, Mister?“ fragte er.

„Nun, so guter Durchschnitt, Vater Joß,“ lautete die Erwiderung. „Aber warum das?“

„Nun Mister,“ sagte Joß verlegen, „heute nachmittag um vier Uhr, ist Hochzeit. Dann heiratet Kapitän Forbes die junge Dame, wenn ihn keiner davon abhält. Die anderen werden's nicht stören. Es ist sehr kräftig und von erster Klasse. Es gibt nur ein Mittel, ihr zu helfen — ihn knock-out zu schlagen. Glauben Sie, daß Sie das könnten?“

Havard lächelte.

„Nun, ich denke doch,“ sagte er.

„Dann, Mister,“ flüsterte Joß freudig, „laß' ich Sie hier im richtigen Augenblick heraus.“

Und Havard einen zerstörungsvollen Blick zuwerfend, entfernte er sich mit den Worten: „Donnerwetter, das wird der feinste Gang, den wir hier je gehabt haben.“

XIV.

Als Dorothy der Einladung des Kapitäns, mit ihm zu Abend zu speisen, folgte, war sie in dem Glauben befangen, daß die beiden anderen Ueberlebenden der „Queen“ gleichfalls an diesem Mahl teilnehmen würden. Es beunruhigte sie sehr, daß sie und Mutter Joß die einzigen Gäste des Kapitäns waren.

„Gallais bestand darauf, daß Ihre beiden Freunde seine Gesellschaft teilen,“ erklärte Forbes, listig lächelnd. „Sie, Kapitän,' sagte er, ‚belegen ja ohnedies schon das Beste mit Beschlag, und es wäre wirklich nicht zu viel von mir verlangt, daß ich auch einen Teil abbekommen sollte.' Na, und da habe ich eben nachgeben müssen.“

Dorothy tat so, als ob sie dieser Erklärung Glauben schenke. Sie fühlte sich aber arg beunruhigt. Das Benehmen des Kapitäns war durchaus nicht dazu angetan, ihr Angstgefühl zu beschwichtigen. Hätte sie nicht bereits gewußt, welches Vorhaben er nährte, sie hätte sich wahrscheinlich die grobschlächtigen Galanterien dieses Mannes, dem es an jeder Kultur mangelte, einfach verbeten; sie würde in diesem Falle ehrlich empört gewesen sein.

Nach dem, was ihr Mutter Joß mitgeteilt, konnte ein Gefühl der Empörung in Dorothy jetzt gar nicht aufkommen, weil es durch ein stärkeres, das der Angst um ihre nächste Zukunft verdrängt wurde. Forbes machte ihr teils lächerlich wirkende Komplimente, teils lobte er das Leben an Bord der Wracks über den grünen Klee, ja, er entblödete sich nicht, das Zugnis der Mutter Joß anzurufen, um seine Behauptungen zu stützen und um ihr zu beweisen, daß Dorothy ebenso wie alle anderen Bewohner der Insel sich recht bald in das Unvermeidliche fügen und sich dazu verstehen würde, für immer im Sargasso-Meer ihr Leben zu verbringen. Die Möglichkeit, dieses seltsame Land zu verlassen, schaltete er von vornherein aus.

„Unsere Kenntnis von dem Leben auf der Insel der verlorenen Schiffe geht an die fünfzig Jahre zurück; und während dieses halben Jahrhunderts ist es noch niemandem gelungen, von hier wieder fortzukommen,“ erklärte er, „und es wird auch niemals jemanden gelingen. Es ist einfach unmöglich. Eine Zeitlang werden Sie gegen Ihr Schicksal ankämpfen, dann werden Sie sich fügen. Schließlich wird es Ihnen auf unserer Insel sogar gefallen.“

„Mir wird es hier gefallen, auf Ihrer Insel? Mir?“

„Und warum denn nicht? Wir haben hier alles, was wir brauchen. Alles, was zum Leben nötig ist, und sogar alle Annehmlichkeiten. Ich glaube, daß sehr viele Menschen, ja, sogar reiche Menschen da draußen in der Welt nicht über soviel Luxus verfügen wie wir. Gerade für die Frauen haben wir ein Warenlager, bis oben angefüllt mit allem, was ein Frauenherz erfreut, und sollte das eine oder das andere einmal zur Neige gehen, würde uns das Meer früher oder später Ersatz schaffen. Es dauert niemals lange Zeit, bis ein neues Schiff an unseren Küsten strandet, das uns wieder mit frischen Vorräten versorgt. Verlangen Sie, was Sie wollen, und ich werde glücklich sein, Ihnen alles zu Füßen zu legen, wonach Ihr Herz begehren könnte.“

Dorothy versuchte zu lächeln.

„Nun gut, dann geben Sie mir einen Telegraphen-Apparat.“

„Mit Vergnügen! Wir besitzen ein vollständig eingerichtetes telegraphisches Büro, nur,“ fügte er höhnisch hinzu, „die Drahtleitungen sind noch nicht gelegt.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241205015/fragment/page=0002